

ANFRAGE von Jacqueline Hofer (SVP), Dübendorf

betreffend Höhere Strafen bei Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte

Drohungen und Gewaltdelikte gegen Polizisten und Rettungskräfte haben in den letzten Jahren weiterhin stark zugenommen. Wenn Blaulichtorganisationen gerufen werden, ist jemand verletzt und benötigt dringend Hilfe. Polizisten und Rettungskräfte rücken aus, um anderen Leben zu retten. Wenn aber gewalttätige Menschen im Spiel sind, begeben sich die Einsatzkräfte oft selbst in Gefahr. Die Sicherheitslage hat sich belegbar wesentlich geändert. Trotzdem werden Gewaltdelikte gegen Polizisten und Rettungskräfte oft bagatellisiert und mangels ausreichender strafrechtlicher Konsequenzen zu einem Kavaliersdelikt reduziert. Es macht daher fassungslos, wenn man hört, dass sogar Rettungssanitäter in der Stadt Zürich zu ihrem eigenen Schutz neu mit kugelsicheren Westen ausgestattet werden mussten. Nur wenn unsere Sicherheitskräfte sicher sind, können sie anderen helfen. Angriffe und Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte gehen gar nicht. Es muss immer konsequent angezeigt und verfolgt werden. Solche Vergehen sind «streng zu bestrafen».

Ich ersuche daher den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, sich für höhere Strafen bei Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte einzusetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
2. Auf Bundesebene wird bei solchen Vergehen die Erhöhung von Gefängnisstrafen gefordert. Unterstützt der Regierungsrat ein solches Vorgehen? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Massnahmen wurden getroffen? Welche Massnahmen stehen an?
4. Wie viele Straftatbestände wurden im Kanton Zürich seit meiner Anfrage vom 27. Februar 2017 rapportiert?
5. Welche Übertretungstatbestände können diesen Straftaten zugeordnet werden?
6. Wie viele Nichtanhandnahmeverfügungen wurden seit meiner Anfrage vom 27. Februar 2017 bis heute ausgesprochen? Warum?
7. Wie viele Verfahren wurden seit meiner Anfrage vom 27. Februar 2017 bis heute eingestellt? Warum?